Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht

Götz / Geis

17., grundlegend neu bearbeitete Auflage 2022 ISBN 978-3-406-74029-9 C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kurzlehrbücher für das juristische Studium

Götz/Geis Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht





Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Max-Emanuel Geis

o. Universitätsprofessor an der Universität Erlangen-Nürnberg Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs



17., grundlegend neu bearbeitete Auflage, 2022





www.beck.de

ISBN Print 978 3 406 74029 9 ISBN E-Book 978 3 406 74694 9

© 2022 Verlag C. H. Beck oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München Druck und Bindung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen (Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 17. Auflage

Nach nunmehr fast fünf Jahren ist die Zeit für eine grundlegende Neuauflage gekommen.

Keiner konnte ahnen, dass die Corona-Pandemie die Instrumente und Akteure der Polizei- und Sicherheitsverwaltung in Verbindung mit der Gesundheitsverwaltung in einem ungeahnten Ausmaß herausfordern würde. Wenn auch die Verankerung der Maßnahmen selbst im Gesundheitsrecht, namentlich in den Infektionsschutzverordnungen der Länder und seit kurzem auch im Infektionsschutzgesetz selbst angesiedelt sind, sind doch die Auswirkungen auf das Polizei- und Sicherheitsrecht gewaltig. Man denke nur an die polizeiliche Überwachung von Masken- und Abstandsgeboten, Betretungs-, Kontakt- und Übernachtungsverbote, an die Auflösung von nicht rechtskonformen Feiern und Partys, an die Probleme bei der Kontrolle und Auflösung von Versammlungen sog. Corona-Leugner und Querdenker. Klassische polizeirechtliche Fragestellungen wie Gesetzesvorbehalt/Wesentlichkeitstheorie/Einschätzungsprärogative des Normgebers/Renaissance der Allgemeinverfügung u. a. müssen unvermittelt neu durchgedacht werden.

Aufbaumäßig waren – nachdem das Werk jetzt von mir allein verantwortet wird – einige inhaltliche Umstellungen erforderlich und sinnvoll. Dabei wurde weitgehend auf eine respektvolle Beibehaltung der von Volkmar Götz stammenden Textteile geachtet. Die Verzahnung mit meinem ebenfalls bei C.H.Beck parallel erscheinenden Fallbuch zum Polizei- und Ordnungsrecht wurde weiter vertieft.

Herzlich zu danken habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Lehrstuhls, die den langen Kraftakt der weitgehenden Neubearbeitung mit großem Engagement mitgetragen haben, zuletzt während der nun fast zwei Jahre andauernden pandemiebedingten Erschwerung der Teamarbeit durch Homeoffice und Videokonferenzen und andere "Fragmentierungen", die – bei aller Gewöhnung und erworbenen Routine – den direkten Gedankenaustausch nicht ersetzen können. Zu nennen sind Akad. Rat a.Z. Herrn Thomas Herbein, Frau Ass.jur. Anja Brückner, Frau Ass.jur. Alexandra Lörinczy, Frau Ass.jur. Tamara Kegel, Herr Ass.jur. Markus Schweyer, Frau stud. jur. Yasemin Demirhan, Herr stud. jur. Zinedin Sparr. Die meisten von ihnen sind mittlerweile ausgeschieden, bleiben aber dem Lehrstuhl über das gemeinsame Werk gedanklich verbunden ("Einmal Lehrstuhl Geis, immer Lehrstuhl Geis"). Der verbindende Faktor von teamGEISt war wie immer Frau Ingrid Mümmler in der "Zentrale" Sekretariat.

Erlangen, im März 2022

Max-Emanuel Geis



Inhaltsverzeichnis

Litera	ort zur 17. Auflage nturverzeichnis rzungen und abgekürzt zitierte Literatur	V XV XXIII
1. Ab	oschnitt. Grundlagen	. 1
§ 1.	Historische und systematische Entwicklungslinien	. 1
	I. Von der "Polizey" zur Polizei	. 2
	III. Polizeirecht in der DDR	-
	IV. Entpolizeilichung des Ordnungsrechts	
	V. Der moderne Polizeibegriff	
§ 2.	Der Gegenstand des allgemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	
	I. Gefahrenabwehr	. 10
	II. Allgemeines und besonderes Recht der Gefahrenabwehr	. 11
§ 3.	Die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Allgemeinen Polizei-	
	und Ordnungsrechts	. 14
	I. Landesgesetze	. 22
2. Ab	schnitt. Sicherheitsrechtliche Architektur im föderalen System	24
§ 4.	Strukturprinzipien	
	I. Dezentrale Verantwortungsteilung im Gefahrenabwehrrecht	. 24
	II. Organisatorisch-institutionelle Trennung von Polizei und	. 24
	Ordnungsverwaltung	
	IV. Landesrechtliche Besonderheiten	. 26
	1. Das Trennungssystem	
	2. Das Einheitssystem	
§ 5.	Organisation der Polizei im institutionellen Sinne	. 27
	I. Die Länder als Polizeiträger	
	1. Begriff der Polizei	
	2. Die in Dienstzweige gegliederte Einheitspolizei	
	3. Behörden	
	4. Dienstaufsicht und Fachaufsicht	. 29
	5. Ausübung von Polizeiaufgaben und -befugnissen durch Personen, die nicht Polizisten sind	. 30
	II. Polizei des Bundes	
	Verfassungsrechtliche Grundlagen	
	2. Bundespolizei	

	3. Bundeskriminalamt (BKA) III. Polizei und Ämter für Verfassungsschutz IV. Polizei und Sicherheitsgewerbe	34 37 40
§ 6.	Organisation der Ordnungsverwaltung I. Die Organisation der Ordnungsverwaltung in den Ländern 1. Begriff und Organisationsprinzipien der Ordnungsverwaltung 2. Allgemeine Behörden der Gefahrenabwehr 3. Sonderordnungsbehörden 4. Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz II. Sonderordnungsbehörden des Bundes	41 41 43 45 46 48
3. Ab	schnitt. Aufgaben der Polizei und der Ordnungsbehörden	50
§ 7.	Gefahrenabwehr I. Verhältnis von Aufgaben und Eingriffsbefugnissen 1. Allgemeines 2. Datenerhebung und -verarbeitung 3. Behördliche Informationen und Warnungen II. Gefahrenabwehr als Gemeinschaftsaufgabe III. Erweiterung zur Gefahrenvorsorge 1. Ausdifferenzierung der polizeilichen Aufgaben 2. Vorbeugende Bekämpfung von Straftaten und Vorfeldermittlungen	50 50 50 51 52 53 54 54
§ 8.	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (§ 18) I. Polizeiliche Ermittlungen zur Verfolgung von Straftaten II. Polizeirecht im Bereich der Strafverfolgung III. Doppelfunktionelle Maßnahmen IV. Strafverfolgungsvorsorge V. Die Polizei im Ordnungswidrigkeitenrecht	56 56 58 59 61 62
§ 9.	Vollzugs- und Amtshilfe und weitere Zusammenarbeit I. Vollzugshilfe und Handeln auf Weisung II. Zusammenarbeit im Straßenverkehr	63 63 65
4. Ab	schnitt. Die Elemente der Gefahrenabwehr	67
§ 10.	Öffentliche Sicherheit I. Der Begriff der öffentlichen Sicherheit und seine Einteilung in drei Schutzgut-Kategorien II. Unverletzlichkeit der Rechtsordnung	67 67 68
	III. Rechte und Rechtsgüter des Einzelnen IV. Einrichtungen und Veranstaltungen des Staates und der sonstigen Träger der Hoheitsgewalt	71 77
	11azcı UCI 1 1011C1t82CWalt	//

§ 11.	Die	öffentliche Ordnung	79
	I.	Der Begriff der öffentlichen Ordnung	79
	II.	Reduktion	80
	III.	Die heutigen Anwendungsfelder	83
	IV.	Eliminierung des Schutzgutes der öffentlichen Ordnung in einigen	
		Ländern	87
§ 12.		fahr	87
	I.	Begriff der Gefahr	87
	II.	Konkrete Gefahr und abstrakte Gefahr	91
		1. Konkrete Gefahr	91
		2. Abstrakte Gefahr	91
	III.	Die allgemeine Gefahr – eine bayerische Besonderheit	93
		Stufen gesteigerter Gefahr	93
	V.	Gefahrverdacht	94
	VI.	Drohende Gefahr	98
		1. Begriff und Entstehungsgeschichte	98
		2. Regelungsgehalt und Abgrenzung zu anderen Gefahrbegriffen	99
		3. Verfassungsrechtliche Bewertung	100
	VII.	Anscheinsgefahr und Putativgefahr	101
§ 13.	Ver	antwortlichkeit	103
	I.	Begriff und Anwendungsbereich Unmittelbare Verursachung als Zurechnungsprinzip	103
	II.	Unmittelbare Verursachung als Zurechnungsprinzip	105
		1. Das Problem der Zurechnung	105
		2. Verantwortlichkeit des Zweckveranlassers	108
		 Verantwortlichkeit des Zweckveranlassers Verantwortlichkeit bei Nutzungskonflikten 	111
		4. Grenzen der Verantwortlichkeit, allgemeines Kriminalitätsrisiko	113
	III.	Verhaltensverantwortlichkeit	113
	IV.	Zustandsverantwortlichkeit	115
		1. Verantwortlichkeit des Inhabers der tatsächlichen Gewalt	116
		2. Verantwortlichkeit des Eigentümers	117
	V.	Verantwortlichkeit von Hoheitsträgern	122
		Rechtsnachfolge in die Verantwortlichkeit	123
		1. Verhaltensverantwortlichkeit	123
		2. Zustandsverantwortlichkeit	124
	VII.	Verantwortlichkeit mehrerer	125
	VIII.	Verantwortlichkeit bei Anscheinsgefahr und Gefahrverdacht	127
§ 14.	Ina	nspruchnahme nichtverantwortlicher Dritter	
	("P	olizeilicher Notstand")	127
		Grundlagen	
	II.	Obdachlosenunterbringung	129
	III.	Versammlungen (Gegendemonstrationen)	132
§ 15.	Uni	mittelbare Ausführung einer Maßnahme	134

§ 16.	Ermessen und Verhältnismäßigkeit	137
	I. Der Ermessensgrundsatz (Opportunitätsprinzip)	
	II. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	140
	1. Grundlagen	
	2. Geeignetheit	
	3. Erforderlichkeit	144
	4. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne (Angemessenheit)	145
	III. Schutzansprüche des Gefährdeten	147
5. Ab	schnitt. Eingriffsbefugnisse und Verordnungsermächtigungen	150
8 17	Allgemeine und besondere Befugnisse	150
3 17.	I. Die polizeiliche Generalklausel	150
	II. Standardmaßnahmen	
	1. Identitätsfeststellung	
	Prüfung von Berechtigungsscheinen	
	3. Befragung und Auskunftsverlangen	
	4. Vorladung	
	5. Platzverweisung6. Aufenthaltsverbot	158
	7. Wohnungsverweisung	159
	8. Gewahrsam	160
	8. Gewahrsam	165
	10. Durchsuchung von Sachen	100
	11. Betreten und Durchsuchung von Wohnungen	166
	12. Sicherstellung und Beschlagnahme M.L./L.UV.	168
	13. Untersuchung von Personen	
	14. DNA-Analyse	172
	III. Polizeiliche Datenverarbeitung	173
	1. Datenerhebung	173
	2. Datenschutzrechtliche Anforderungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Polizei	174
	3. Besondere Polizeibefugnisse zur offenen	1/4
	Informationsbeschaffung (Vorher § 17 II 2)	175
	a) Kontrollstellen	
	b) Schleierfahndung	
	c) Videoüberwachung	177
	d) Bild- und Tonaufnahmen	
	e) Automatische Kennzeichenlesesysteme	
	f) Erkennungsdienst	
	4. Besondere Polizeibefugnisse zur verdeckten	
	Informationsbeschaffung	181
	a) Das verfassungsrechtliche Anforderungsprofil	
	b) Materielle Anforderungen	182
	c) Die einzelnen Befugnisse	186
	5 Weiterverarbeitung von Daten: Grundsatz der Zweckbindung	

	6. Berichtigung, Löschung und Sperrung von Daten	
§ 18.	Einzelmaßnahmen zur Gefahrenabwehr	196
	I. Regelnde und faktische Eingriffe	196
	II. Verwaltungsakte	198
	1. Verfügungen	198
	2. Rechtsnatur von Standardmaßnahmen	198
	3. Zuständigkeit, Verfahren und Form	200
§ 19.	Verordnung zur Gefahrenabwehr	203
	I. Die Handlungsform der Verordnung und ihre Inhalte	203
	1. Begriff und Grundlagen der Verordnung zur Gefahrenabwehr	203
	2. Inhalte von Verordnungen	204
	3. Die Abgrenzung von Verordnung und Allgemeinverfügung	205
	4. Typische durch Gefahrenabwehrverordnungen geregelte	/
	Materien	208
	a) Lärmbekämpfung	
	b) Straßenreinigung	
	c) Hygiene und Gesundheit	209
	c) Hygiene und Gesundheit	209
	e) Hundehaltung	209
	f) Weitere Materien	212
	II. Formelle Rechtmäßigkeit	212
	1. Zuständigkeit	212
		213
	 Verfahren	213
	III. Materielle Rechtmäßigkeit	
	1. Abstrakte Gefahr als Eingriffsschwelle	
	2. Bestimmtheit	
	3. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	
c al-	ali alita. Manusalitan arasallatan dan arasal Manusalitan arasal	217
6. AD:	chnitt. Verwaltungsvollstreckung und Verwaltungszwang	21/
§ 20.	Verwaltungszwang	
	I. Rechtsgrundlagen der Vollstreckung	
	1. Der vollstreckbare Verwaltungsakt	
	2. Sofortvollzug	219
	3. Rechtmäßigkeitszusammenhang (Konnexität)	219
	II. Androhung von Zwangsmitteln	221
	III. Ersatzvornahme	223
	IV. Zwangsgeld	224
	V. Unmittelbarer Zwang	226
	1. Begriff und Bedeutung	227
	2. Verhältnismäßigkeit	228
	3 Polizeilicher Zwang außerhalb der Schranken des Polizeirechts?	230

7. Ab	schnitt. Kosten und Schadensausgleich	233
§ 21.	Heranziehung zu den Kosten der Polizei und Ordnungsverwaltung	233
	I. Prinzipien der Kostentragung	
	II. Kostenersatz nach Polizei- und Ordnungsrecht III. Kostenersatz beim Abschleppen verkehrsordnungswidrig geparkter	233
	Kraftfahrzeuge	239
	IV. Verwaltungskostenrecht (Gebühren und Auslagenersatz)	245
	V. Kosten der Hilfeleistung	
§ 22.	Schadensersatz und Entschädigung	249
	I. Entschädigung bei rechtmäßigen Eingriffen	
	II. Amtshaftung	
	III. Verschuldensunabhängige Eingriffshaftung bei rechtswidrigen Maßnahmen	
	IV. Ersatzansprüche geschädigter Unbeteiligter	
	V. Entschädigung bei Nothilfeleistungen	
	v. Entschadigung der Nothmereistungen	2)0
8. Ab	schnitt. Besonderes Ordnungsrecht	258
§ 23.	Bandbreite des Ordnungsrechts	258
	I. Allgemeines und besonderes Ordnungsrecht	258
	II. Bereiche des besonderen Ordnungsrechts	260
	1. Abfallrecht	260
	2. Bodenschutzrecht	261
	Bodenschutzrecht	262
	4. Immissionsschutz	263
	5. Gesundheitsüberwachung	263
	6. Straßenverkehr	
	7. Wasserrecht	264
	8. Naturschutzrecht	
	9. Bauordnungsrecht	
	10. Telemedien, Internet	
	III. Übersicht über die Handlungsformen des Ordnungsbehörden	
8 24 .	Sonderfall Versammlungsrecht	267
3 –	I. Versammlungsrecht als Gefahrenabwehrrecht	268
	II. Zuständigkeiten	
	III. Der Begriff der Versammlung und der Schutzbereich der	2/0
	Versammlungsfreiheit	270
	1 Engage and avoitor Vorcemplanesh coniff	270
	Enger und weiter Versammlungsbegriff	
	2. Unfriedliche Versammlungen	272
	3. Verhinderung von Versammlungen	272
	4. Ort der Versammlung	273
	IV. Befugnisse vor Beginn der Versammlung	
	1. Auflagen und Versammlungsverbot	275

	VI.	Vorfeldmaßnahmen Polizeibefugnisse während der Versammlung Auflösung einer Versammlung Ausschluss von Teilnehmern und Minusmaßnahmen Bild- und Tonaufnahmen Landesrechtliche Rechtsgrundlagen Polizeifestigkeit des Versammlungsrechts	278 278 279 280
9. Ab	schn	itt. Rechtsschutz	285
§ 25.	I.	Rechtsschutz gegen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr	285 287 288 288 288 292
		Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Polizei zur Strafverfolgung	296
§ 26.	Rec	htsschutz gegen Verordnungen	299
	I. II. III.	Normenkontrolle nach § 47 VwGO	299 299 299
Sachve	erzeio	chnisDIE-FACHBUCHHANDLUNG	301